

Stadt Zofingen

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode 2006/09

1. Sitzung

Montag, 19. März 2007

17.30 – 19.30 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Bruno Hostettler, Ratspräsident

Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

40 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Rolf Degen, Bauverwalter
- René Küng, Leiter Finanzen und Personal

<u>Traktanden</u>	<u>Seite</u>
1. Mitteilungen	121
2. Inpflichtnahme von Marcel Thüler (SP)	122
3. Kreditbewilligung	
GK 86 Bildungszentrum Zofingen – Sanierung der Mensa	122
4. Finanz- und Geschäftsprüfungskommission	
GK 87 Festlegung der Entschädigung der Mitglieder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission	125
5. Gemeindeordnung	
GK 88 Gemeindeordnung – Änderung bezüglich Verfahren bei Stadtammann- und Vizeammann-Wahlen	127
6. Parlamentarische Vorstösse	
GK 85 Interpellation der SP-Fraktion vom 27. November 2006 betr. Schulwegsicherheit in Zofingen – Weitere Gefahrenstellen (Begründung und Beantwortung)	128
7. Umfrage	129

Begrüssung

Hr. Bruno Hostettler, Ratspräsident, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur ersten Sitzung im Jahr 2007.

Mitteilungen

Nachdem gegen das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 27. November 2006 keine Einwände eingegangen sind, wird dieses unter bester Verdankung an den Ratssekretär als genehmigt erklärt.

Der Einwohnerrat legt zum Gedenken an den verstorbenen Ehrenbürger und ehemalige Schulpflege-, Einwohnerrats- und spätere Stadtratsmitglied (u. a. Vizeammann) Walter Lüscher eine Schweigeminute ein.

Der Vorsitzende gratuliert Einwohnerrätin Miriam Ruf und ihrem Gatten zur Geburt ihres Sohnes Simon.

Der Vorsitzende informiert, dass die Einwohnerratssitzung vom 21. Mai 2007 infolge fehlender behandlungsreifer Vorlagen entfällt. Dies hat zur Folge, dass am 18. und 19. Juni 2007 definitiv eine Doppelsitzung stattfindet.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass Anfang Jahr auf die Einwohnerratssitzung vom Mai 2007 die zwei wichtigen Vorlagen Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse (APK) und Neubau und Sanierung Sportanlage Trinerplatten geplant waren. Der Stadtrat war optimistisch, dass wenigstens eine Vorlage auf diesen Zeitpunkt hin reif zur Behandlung sein würde. Leider ist es jetzt aber so, dass die APK-Vorlage viel komplexer wird, als zuerst angenommen wurde. Zudem sind viele Mitarbeiter der Stadt betroffen. Dies bedingt eine sehr gute Kommunikation. Es müssen diverse Einwilligungen eingeholt werden, was in der kurzen Zeit

leider nicht möglich sein wird. Aus diesem Grund kann diese Vorlage erst im Juni vor den Einwohnerrat gebracht werden. Betreffend der Trinerplatten-Vorlage laufen momentan intensive Gespräche mit den Vereinen, was den ganzen Ablauf verzögert. Aus diesem Grund wird diese Vorlage ebenfalls erst auf die Juni-Einwohnerratssitzung behandlungsreif sein. Der Stadtrat bedauert die Situation, aber diese beiden grossen und sehr komplexen Vorlagen benötigen für eine seriöse Erarbeitung eine gewisse Vorlaufzeit. Diese Umstände haben nun zur Folge, dass im Juni eine Fülle von wichtigen Vorlagen durch den Einwohnerrat zu beraten sein wird. Man klärt momentan ab, ob die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission in so kurzer Zeit auch in der Lage ist, all diese Geschäfte seriös vor zu beraten.

Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Motion der SP-Fraktion betreffend energetisch nachhaltige Investitionen
- Motion der SP-Fraktion betreffend Revision der Bau- und Nutzungsordnung (Garagen in der Altstadtzone)
- Postulat der SVP-Fraktion betreffend Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Art. 50

Inpflichtnahme

Der Vorsitzende bittet alle Anwesenden im Saal sowie die Gäste auf der Tribüne während des Amtsgelübdes aufzustehen, welches vom Ratssekretär verlesen wird:

„Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Das neu in den Rat nachgerückte Einwohnerratsmitglied Marcel Thüler (SP) leistet das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Art. 51

GK 86

Bildungszentrum Zofingen – Sanierung der Mensa

Hr. Rolf Moor, Präsident FGPK, erklärt, dass die FGPK an ihrer Sitzung vom 1. März 2007 in Anwesenheit von acht Mitgliedern diese Vorlage beraten und geprüft hat. Sämtliche Fragen wurden korrekt durch Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann, und Reto Rey, Projektleiter Bauverwaltung, beantwortet. Die Kommission hat dem stadträtlichen Antrag einstimmig zugestimmt.

Ausgangslage

Vor ziemlich genau 30 Jahren wurde das Bildungszentrum Zofingen mit einem Neubau erstellt. Demzufolge ist es auch nachvollziehbar, dass die Mensa nicht mehr den heutigen technischen und umweltverträglichen Gegebenheiten entspricht.

Die FGPK war jedoch überrascht, dass diese Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt traktandiert wird und die Sanierung bereits auf den Sommer 2007 vorgesehen ist. Wird doch das BZZ in den Jahren 2010 – 2012 einer Gesamtanierung unterzogen, welche auch die Mensa beinhaltet.

Wie man der Vorlage und auch den Medien entnehmen konnte, ist die Mensa in einem desolaten Zustand. Die Argumentation für diese Sanierung, dass das Risiko einer Schliessung aus

hygienischen Gründen durch das Lebensmittelinspektorat bestehe, wurde von der FGPK jedoch als übertrieben beurteilt.

Die Betriebsleitung des BZZ führt ihren Betrieb im technischen und administrativen Bereich ausgezeichnet. Die Verantwortlichen haben in den letzten Jahren immer wieder die Kosten für die Sanierung der Mensa im Budget eingegeben. Dieser Betrag wurde aber vom Stadtrat jedes Mal gestrichen. Der Kanton war bis jetzt auch nicht bereit, seinen Anteil an diese Sanierung zur Verfügung zu stellen. Es wurden demzufolge immer wieder nur die nötigsten Investitionen über das laufende Unterhaltsbudget getätigt, damit die Mensa den Anforderungen des Lebensmittelinspektorats entsprach.

Die effektive Wahrheit liegt aber wo anders. Die Mensa befindet sich nicht in einem derart katastrophalen hygienischen Zustand, wie man aus der Begründung fast annehmen müsste. Ebenfalls hat die Betriebsleitung die Situation erkannt und etwas dagegen unternommen, es wurde jedes Jahr vorbildlich rapportiert.

Der Kanton hat nach intensiven Gesprächen am 20. Dezember 2006 einen Kleinkredit (Aussage Kanton) von CHF 750'000.– gesprochen. Dies aber erst nachdem der Regierungsrat Gewissheit hatte, dass auch der Kanton einen hervorragenden Jahresabschluss erreichen wird. Dieser Entscheid kam für alle sehr überraschend. Hätte die Stadt Zofingen dieses Weihnachtsgeschenk nicht erhalten, hätte der Stadtrat die Mensa sicher nicht geschlossen, sondern das Nötigste wäre, wie jedes Jahr, bis zur Gesamtsanierung wieder instand gestellt worden.

Finanzierung

Aus der Vorlage ist zu entnehmen, dass der Betrag nicht im Investitionsplan 2007 – 2011 enthalten ist. Diese Aussage ist nicht richtig. Das Projekt ist unter der Nummer 213.503.11 mit brutto 1,2 Mio. Franken und unter den Nummern 213.661.11 Anteil Kanton mit 0,6 Mio. Franken und unter 213.669.11 Anteil Berufsschulen und HPS mit 0,486 Mio. Franken enthalten. Die Berufsschulen tragen nämlich 66 % und die HPS 15 % des 50%igen Gemeindeanteils. So verbleiben für die Stadt vom Gemeindeanteil noch 10 % für die Quartierschule und 9 % für den Sport. Netto zahlt die Stadt also 19 % von CHF 750'000.– oder 9,5 % der Bruttoinvestitionen. Selbstverständlich zahlt die Stadt indirekt via Schulgelder den Anteil der Berufsschulen mit. Von den 1,5 Mio. Franken trägt also der Kanton CHF 750'000.–, die Berufsschulen CHF 495'000.–, die Heilpädagogische Schule CHF 112'500.– und die Einwohnergemeinde CHF 142'500.–.

Hier stellt sich die Frage, ob der stadträtliche Antrag überhaupt rechtskonform ist. Wenn schon der Kantonsanteil aufgeführt wird, wäre es wünschenswert gewesen, wenn auch die anderen Anteile erwähnt worden wären. Es ist doch noch ein Unterschied, ob die Einwohnergemeinde CHF 750'000.– oder schlussendlich CHF 142'500.– netto zahlen muss. Auch wenn der Verteilschlüssel noch so kompliziert ist, solche Infos dürfen in einer Vorlage nicht fehlen.

Die Tatsache, dass innerhalb der Verwaltung nicht kommuniziert wurde und dass in der Abteilung Finanzen nicht nachgefragt wurde, wie dieses Geld im Finanzierungsplan eingestellt ist, hat die FGPK nicht goutiert und sie bittet den Stadtrat alles daran zu setzen, dass solche Vorkommnisse in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Zusammenfassung

Es gibt aber durchaus auch positive Punkte in dieser Vorlage:

- Das Bildungszentrum Zofingen erhält bereits im Jahr 2007 und nicht erst im Jahr 2010 eine neue Mensa, welche wieder den neusten technischen Anforderungen entspricht und in eine gut funktionierende Betriebsleitung integriert ist.
- Schlussendlich kostet diese Sanierung die Einwohnergemeinde Zofingen netto CHF 142'500.– und nicht CHF 750'000.–.
- Der Stadtrat und die Bauverwaltung haben hervorragend reagiert, indem sie das Weihnachtsgeschenk des Kantons dankend angenommen und umgehend alles in Bewegung gesetzt haben, dass die Sanierung in den Sommerferien 2007 durchgeführt werden kann.

Der Stadtrat hat somit den Massstab betreffend Zeitplan für weitere Projekte hoch angesetzt, was dem Einwohnerrat natürlich nur recht sein kann.

In Bezug auf die erwähnten negativen Erkenntnisse betreffend diese Vorlage empfiehlt die FGPK dem Stadtrat, diese aufzunehmen und in Zukunft besser zu machen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann, hätte gerne mit Bildern belegt, dass die Mensa in betriebswirtschaftlicher und energietechnischer Hinsicht Defizite aufweist. Das kantonale Lebensmittelinspektorat hat mit der Schliessung gedroht. Die Sanierung der Mensa war bei der Gesamtanierung des BZZ die dringendste Angelegenheit. Die Sanierung wurde so geplant, dass bei einer Gesamtanierung des BZZ in Bezug auf die Mensa nichts mehr verändert werden muss. Die Stadt Zofingen hat in diesem Fall vom sehr guten Rechnungsabschluss des Kantons profitiert, und das vorliegende Projekt wurde dieses Mal nicht aus dem Hochbauplapon gestrichen. Die Kritik betreffend die Transparenz in der Kostenaufstellung ist gerechtfertigt. Die fehlenden Angaben wurden aber an der FGPK-Sitzung noch nachgereicht und werden auch hier präsentiert. Der Kostenanteil der Stadt von CHF 750'000.– wird auf folgende Kostenstellen verteilt:

CHF 495'000.–	Bildungszentrum Zofingen, führt eine eigene Rechnung, aber die Einwohnergemeinde schießt das Geld als verzinsliches Darlehen vor.
CHF 112'500.–	Heilpädagogische Schule
CHF 142'000.–	Quartierschule und Sport

Der Stadtrat geht nicht davon aus, dass diese Vorlage aufgrund der fehlenden Angaben nicht rechtskonform ist. Der Stadtrat wollte diese Angaben auch nicht verheimlichen und wird in Zukunft bemüht sein, bereits in der Vorlage transparenter zu sein. Er bittet den Einwohnerrat auch im Sinne von Zofingen als Berufsschulstandort und zugunsten der Schülerinnen und Schüler des BZZ dieser Vorlage zuzustimmen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Fr. Anne-Käthi Kremer erklärt, dass die SP-Fraktion überrascht war, dass dieses Projekt als erstes in diesem Jahr traktandiert wurde. Es ist aber unbestritten, dass Handlungsbedarf besteht, und eine Schliessung ist nicht im Sinne der SP. Es wird begrüsst, dass die neuen Geräte zu einem wesentlich besseren Energiehaushalt beitragen. Die SP-Fraktion unterstützt diese Vorlage einstimmig.

Hr. Robert Weishaupt hält fest, dass sich die Fraktion der Dynamischen Mitte mit der vorzeitigen Sanierung der Mensa und der Art einverstanden erklären kann. Die Dynamische Mitte wird diesem Antrag einstimmig zustimmen und bittet den Einwohnerrat dasselbe zu tun. Mit dieser Sanierung wird zudem der Berufsschulstandort Zofingen gestärkt.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen. Der Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Sanierung der Mensa im Bildungszentrum sei ein Bruttokredit von CHF 1'500'000.–, zuzüglich allfällige Bauteuerung, abzüglich Kantonsanteil von CHF 750'000.–, zu bewilligen.

Der Antrag wird mit 39 : 0 Stimmen angenommen.

Art. 52**GK 87****Festlegung der Entschädigung der Mitglieder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission**

Der Vorsitzende erklärt, dass mit der Revision der Gemeindeordnung die Finanzkommission und die Geschäftsprüfungskommission auf den 1. Januar 2006 zusammengelegt wurden. Die neue Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) umfasst neun Mitglieder. Um den administrativen Aufwand zu vereinfachen, hat die FGPK angeregt, nebst der ordentlichen Sitzungsentuschädigung eine Pauschalentschädigung einzuführen. In § 22 der Gemeindeordnung ist festgelegt, dass der Einwohnerrat über sein Sitzungsgeld selbst zu entscheiden hat. Demnach ist sinngemäss davon auszugehen, dass er auch über die Entschädigung einer einwohnerrätlichen Kommission befindet. Weder in der Gemeindeordnung noch im Gemeindegesetz ist die Kompetenz über die Festlegung der Entschädigung der FGPK einem anderen Organ übertragen worden.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Hans-Martin Plüss erläutert, dass diese Vorlage in der SP-Fraktion eine kleine staatspolitische Grundsatzdiskussion über das Verhältnis Parlament – Exekutive – Verwaltung ausgelöst hat. Die Frage nach den Aufgaben und dem Rollenverständnis der FGPK stand im Raum. Der Stadtrat trägt ganz klar die Verantwortung für die Geschäftstätigkeit der Verwaltung. Einwohnerrat und FGPK haben nur die Aufsicht. Wie soll diese Aufsicht im Normalfall gehandhabt werden? Die Unterscheidung zwischen Strategischem (Legislative) und Operativem (Exekutive) ist hier nicht zutreffend. Der Stadtrat muss seinen Autonomiebereich wahren.

Die SP-Fraktion möchte anregen, dass gegen Ende der Legislatur dieses Thema (Aufgaben der FGPK, Abgrenzung der Aufgaben gegenüber dem Stadtrat, Informationsflüsse usw.) nochmals zwischen Büro, FGPK und Stadtrat aufgegriffen wird.

Die FGPK und insbesondere ihr Präsident haben im letzten Jahr einen enormen Aufwand leisten müssen. Das hat sich gelohnt, und die SP-Fraktion bedankt sich ganz herzlich dafür. Dieser Aufwand kann in den folgenden Jahren reduziert werden. Die SP-Fraktion ist aus diesem Grund der Auffassung, dass die Präsidentenentschädigung für diese und auch für die folgenden Legislaturperioden mit dem tieferen Ansatz entschädigt werden sollte.

Die SP-Fraktion bittet den Präsidenten der FGPK, Rolf Moor, diesen Antrag nicht falsch zu verstehen. Der Vorsitzende der FGPK hat im letzten Jahr hervorragende Arbeit geleistet, welche weit mehr Wert ist, als die beantragte Entschädigung. Es geht aber – mit Blick auf spätere Legislaturen – darum, die Messlatte der Ansprüche an einen FGPK-Präsidenten nicht zu hoch zu legen. Es kann nicht sein, dass von einem FGPK-Präsident einer 10'000-Seelen-Gemeinde verlangt wird, dass er einen halben Tag pro Woche für sein Amt einsetzen und erst noch sein Backoffice zur Verfügung stellen muss. Es dürfte sonst auch entsprechend schwierig sein, noch Kandidaten für dieses Amt mit den erforderlichen Qualifikationen zu finden.

Die SP-Fraktion ist mit den Anträgen 1 und 2 der Vorlage sowie mit der Rückwirkungsklausel einverstanden. Beim Antrag 3 wird folgender Wortlaut beantragt:

Dem Präsidenten/Der Präsidentin wird – neben dem Sitzungsgeld – eine jährliche Pauschale von CHF 4'000.–, für das Jahr 2006 CHF 6'000.–, ausgericht.

Hr. Hans Rudolf Schlatter hält fest, dass die Fraktion der Dynamischen Mitte einstimmig den Anträgen des Büros zustimmen wird.

Fr. Patricia Misteli ist über die Aussage von Hans-Martin Plüss erstaunt, dass im Einwohnerrat die Aufgaben und Abgrenzungen der FGPK diskutiert werden sollten. Dies ist nicht notwendig, da die Aufgaben der FGPK im Gemeindegesetz klar geregelt sind. Die FGPK ist aber gerne zu einem Gespräch mit der SP-Fraktion bereit, falls dort die Meinung besteht, dass die FGPK ihre

Aufgaben nicht richtig wahrnimmt. Zum Thema Aufsicht und Verantwortung ist festzuhalten, dass wenn die FGPK die Aufsicht hat, sie auch gewisse Verantwortungen übernehmen muss. Es kann nicht sein, dass die ganze Verantwortung beim Stadtrat und bei der Verwaltung liegt. Sie bittet den Einwohnerrat, den Anträgen des Büros zuzustimmen.

Hr. Hansruedi Hauri ist auch der Meinung, dass die Aufgaben und Kompetenzen der FGPK geregelt sind. Die SVP-Fraktion kann dem Antrag der SP zustimmen. Die einmalige Entschädigung für den Präsidenten der FGPK für das erste Jahr von CHF 6'000.– ist gerechtfertigt, da der Präsident sehr grosse und wertvolle Arbeit geleistet hat. Jedoch wird sich dieser Aufwand in den folgenden Jahren vermindern, und es ist vielleicht auch nicht jeder Präsident/jede Präsidentin bereit, ein so grosses Engagement zu leisten.

Hr. Daniel Schmid findet auch, dass man zukünftig dem Präsidenten/der Präsidentin der FGPK im ersten Amtsjahr einer Legislaturperiode nicht eine höhere Entschädigung als in den nachfolgenden Jahren ausrichten sollte. Man kann davon ausgehen, dass sich der Aufwand für dieses Amt in den nächsten Jahren einpendeln wird. Persönlich ist er der Meinung, dass der jetzige Präsident der FGPK viel mehr als diese CHF 6'000.– verdient hätte, jedoch ist diese Entschädigung sicher sinnvoll. Er wird mit einigen Kollegen der FDP-Fraktion dem Antrag der SP zustimmen.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen. Der Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen.

Die FGPK-Mitglieder treten für die Abstimmungen gemäss § 21 der Gemeindeordnung in den Ausstand.

Die Mitglieder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission seien – rückwirkend ab 1. Januar 2006 – zusätzlich zum Sitzungsgeld gemäss § 18 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates wie folgt zu entschädigen:

1. *Für Sitzungen mit einer Dauer von über 2 ½ Stunden wird das doppelte Sitzungsgeld ausgerichtet.*

Der Antrag wird mit 31 : 0 Stimmen angenommen.

2. *Die jährliche Prüfung von Verwaltungsrechnung, Geschäftsbericht und Voranschlag wird dem einzelnen Mitglied (ohne Präsident/in) mit pauschal CHF 750.– entschädigt.*

Der Antrag wird mit 30 : 0 Stimmen angenommen.

3. *Dem Präsidenten / Der Präsidentin wird – neben dem Sitzungsgeld – für den übrigen Zeitaufwand in dieser Funktion und die Abgeltung allfälliger privater Sekretariatsleistungen folgende jährliche Pauschale ausgerichtet:*

- | | | |
|--|-----|---------|
| - im ersten Jahr der Amtsperiode | CHF | 6'000.– |
| - in den restlichen drei Jahren der Amtsperiode je | CHF | 4'000.– |

Antrag SP-Fraktion

3. *Dem Präsidenten/Der Präsidentin wird – neben dem Sitzungsgeld – eine jährliche Pauschale von CHF 4'000.–, für das Jahr 2006 CHF 6'000.–, ausgerichtet.*

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, möchte wissen, ob beim Antrag der SP-Fraktion die privaten Sekretariatsleistungen mit dieser Pauschale auch abgegolten sind.

Hr. Hans-Martin Plüss erklärt, dass dieser Zusatz im Antrag bewusst weggelassen wurde, da es seiner Meinung nach in Bezug auf die Vertraulichkeit auch nicht sinnvoll ist, wenn Parlamentarier/innen ihr Backoffice zu stark in diese Arbeit mit einbeziehen. Es ist aber nicht die Meinung, dass allfällige private Sekretariatsleistungen separat entschädigt werden.

Der Antrag des Büros wird mit 20 : 4 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 25 : 1 angenommen.

Der obsiegende Antrag der SP-Fraktion wird in der Schlussabstimmung mit 29 : 0 angenommen.

Einem kurzen Sitzungsunterbruch wird mit 18 : 12 Stimmen zugestimmt.

Art. 53

GK 88

Gemeindeordnung – Änderung bezüglich Verfahren bei Stadtammann- und Vizeammann-Wahlen

Hr. Christoph Dombrowsky, Referent FGPK, hält fest, dass diese Vorlage aufgrund einer überwiesenen Motion der Dynamischen Mitte zustande gekommen ist. Es geht darum, dass in Zofingen die Stadtammann- und Vizeammann-Wahlen wieder getrennt von den Stadtratswahlen stattfinden, weil dies bei den letzten Wahlen zu Unsicherheiten geführt hat. Die FGPK hat dieses Geschäft geprüft. Eine Minderheit war der Meinung, dass diese Änderung der Gemeindeordnung unnötig sei, da der Kanton auf die nächsten Wahlen eine Präzisierung zu den Ausführungsbestimmungen ausarbeiten wird. Die FGPK stimmte dieser Vorlage mit 6 : 0 Stimmen (bei zwei Enthaltungen) zu.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Fr. Käthi Hagmann erklärt, dass die Gründe für die Motion der Dynamischen Mitte mehr Transparenz und eine Vereinfachung für die kommenden Wahlen waren. Präzisierungen, wie sie vom Kanton in Aussicht gestellt werden, sind zu begrüßen, die Fraktion der Dynamischen Mitte ist jedoch der Meinung, dass ein Wahlverfahren, welches interpretiert werden kann und präzisiert werden muss, grundsätzlich nicht optimal sein kann. Mit dem Zurückkommen auf das alte Wahlsystem wissen nicht nur die Kandidierenden und Stimmzählenden sondern auch die Wähler/innen, welche Stimmen nun zählen und welche eben nicht. Aus diesen Gründen empfiehlt sie dem Einwohnerrat, diese Vorlage anzunehmen.

Fr. Elisabeth Gisler hält fest, dass die SP-Fraktion diesen Änderungen der Gemeindeordnung mehrheitlich zustimmt. Die SP ist der Meinung, dass eine Trennung der Wahlen klarere Verhältnisse schaffen wird.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung.

Für Hr. Hans-Martin Plüss stellt sich die Frage, ob mit einer allfälligen Annahme dieser Vorlage nicht auch gleich die entsprechende Motion der Dynamischen Mitte abgeschrieben werden sollte. Oder wird dies über den nächsten Geschäftsbericht geschehen?

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen. Der Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Paragraf 5 der Gemeindeordnung 14. September 2004 sei wie folgt zu ändern resp. zu ergänzen:

b) *sieben Mitglieder des Gemeinderates und aus diesen in einem separaten Wahlgang den Gemeindeammann und den Vizeammann.*

Der Antrag wird mit 36 : 1 angenommen.

Dem Vorschlag, die Motion der Dynamischen Mitte vom 28. November 2005 bei der Behandlung des Geschäftsberichtes abzuschreiben, stimmt der Einwohnerrat mit 31 : 0 Stimmen zu.

Art. 54

GK 85

Interpellation der SP-Fraktion vom 27. November 2006 betr. Schulwegsicherheit in Zofingen – Weitere Gefahrenstellen (Begründung und Beantwortung)

Der Vorsitzende hält fest, dass der Stadtrat diese Interpellation in schriftlicher Form am 7. März 2007 beantwortet hat.

Hr. Michael Wacker erklärt, dass er überrascht war, dass der Stadtrat diese Interpellation im Voraus schriftlich beantwortet hat. Er findet dieses Vorgehen aber gut und sinnvoll. Die SP-Fraktion ist teilweise von dieser Beantwortung befriedigt. Es stellt sich die Frage, wie solche Umfragen betreffend Lotsendienst bei den Eltern durchgeführt werden. Ebenfalls ist fraglich, ob diese Umfrage zum richtigen Zeitpunkt stattgefunden hat, nämlich unmittelbar vor der Einführung der Blockzeiten. Es ist der SP-Fraktion auch bekannt, dass dieses Schreiben nicht bei allen Eltern angekommen ist. War es sinnvoll, diese Umfrage den Schülerinnen und Schülern in der letzten Woche vor den Sommerferien mit zugeben?

Die SP-Fraktion begrüsst das Anbringen eines zweiten Fussgängerstreifens bei der Bifangstrasse. Sie kann aber nicht verstehen, dass aufgrund der steigenden Bewegungsarmut der Kinder nichts gegen den privaten Fahrdienst unternommen wird.

Fr. Patricia Misteli kann nachvollziehen, dass die SP-Fraktion nur teilweise von der Beantwortung befriedigt ist. Es kann aber nicht sein, dass der Staat alles übernehmen muss. In diesem Fall sollte auch an die Eigenverantwortung der Familien und Eltern appelliert werden.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, erklärt, dass der Stadtrat bemüht ist, dass die Schulwege so sicher wie möglich gestaltet werden. Es wurden in den letzten Jahren auch wesentliche Verbesserungen erzielt. Wenn bei der Umfrage betreffend Lotsendienst von 500 versandten Briefen keine einzige Reaktion eintrifft, kann man es dem Stadtrat nicht verübeln, dass er diese Angelegenheit nicht als erste Priorität einstuft. Aber selbstverständlich werden der Stadtrat und auch die Regionalpolizei sämtliche privaten Initiativen für einen Lotsendienst weiterhin unterstützen, indem die Regionalpolizei die interessierten Personen entsprechend ausbildet und die nötigen Kleidungen und Instrumente zur Verfügung stellen wird. Die schriftliche Beantwortung ist in Zusammenarbeit mit der Schulpflege und der Schulleitung entstanden.

Hr. Elmar Bertschinger erklärt, dass in der Beantwortung festgehalten wurde, dass in den Bussen genügend Plätze vorhanden sind. Ihm ist bekannt, dass vor zwei Wochen zwei Schüler an der Bushaltestelle stehen gelassen wurden, da der Bus total überfüllt war. Die Aussage, dass genügend Buskapazitäten vorhanden sind, ist in diesem Fall doch ein wenig fraglich.

Hr. Michael Wacker erklärt sich mit der Beantwortung der Interpellation teilweise befriedigt.

Art. 55**Umfrage**Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. Urs Siegrist erklärt, dass er vor einer Woche einen Unfall erlitten hat. Dies geschah, als er sein Postfach bei der Poststelle Zofingen leeren wollte. Als er die Poststelle verliess, wurde er von einem Fahrradfahrer angefahren. Es kann nicht sein, dass das Trottoir, welches ausschliesslich für Fussgänger gedacht ist, auch von Fahrradfahrern benutzt wird.

Die Stadt Zofingen saniert nun die gesamte Vordere Hauptgasse. Es ist dort kein Trottoir für Fussgänger vorgesehen, was bedeutet, dass sich die Fussgänger auf der gleichen Strasse bewegen wie die Fahrradfahrer. Wie wird in Zukunft die Sicherheit der Fussgänger in der Altstadt in Bezug auf die Fahrradfahrer gewährleistet?

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, bemerkt, dass das Fahrradfahren auf den Trottoirs verboten ist. In der Altstadt besteht eine so genannte Mischzone, mit einer Fussgänger- und einer Fahrradzone. An dieser Situation möchte der Stadtrat grundsätzlich auch festhalten. Dies bedingt aber eine vermehrte Rücksichtnahme seitens der Fahrradfahrer. Man kann zum Teil mit baulichen Massnahmen gewisse Stellen entschärfen. Eine weitere Möglichkeit sind vermehrte Kontrollen durch die Polizei.

Hr. Hansruedi Hauri fragt, ob es in Bezug auf die Einbürgerungskommission in Zukunft möglich wäre, die Ortsparteien von Zofingen betreffend einer allfälligen Nomination von Kandidatinnen und Kandidaten für diese Kommission anzufragen?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass die Einbürgerungskommission eine stadt-rätliche Kommission ist und der Stadtrat die Zusammensetzung der Kommission definiert hat. Der Sinn ist, dass man das Einbürgerungsverfahren qualitativ steigern möchte, indem mehr Personen an den Einbürgerungsgesprächen aktiv teilnehmen. Ebenfalls möchte man die Effizienz in Bezug auf die Behandlung der Einbürgerungsgesuche in den Gremien Stadtrat und FGPK steigern. Als Vertreter des Stadtrates hat er selber und als Vertreter der FGPK Herr Christoph Dombrowsky in die Kommission Einsitz genommen. Bei den anderen drei Kommissionsmitgliedern wurden explizit Personen „aus dem Volk“ ausgewählt. Diese Personen sollten eine gewisse Lebenserfahrung und auch Kompetenzen mitbringen. Es wurde aber darauf geachtet, dass die Zusammensetzung der Kommissionsmitglieder auch parteipolitisch ein wenig ausgeglichen ist. Er nimmt das Anliegen bei einer allfälligen Vakanz aber gerne auf.

Hr. Marcel Thüler findet es unverhältnismässig, dass die Überwachung von fehlbaren Automobilisten und Gewerbebetreibenden in der Altstadt mittels einer Videokamera geschieht. Die Videoüberwachung stellt einen schweren Eingriff in das Grundrecht der Privatsphäre dar. Es besteht die Gefahr, dass die Polizei ihre Arbeit dieser Videokamera überlässt und somit noch mehr Zeit für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs aufwendet. Hat man in der Planungsphase auch andere Möglichkeiten als die Überwachung mittels Videokamera geprüft? Wenn ja, welche? Welches sind die weiteren geplanten Standorte dieser Kamera? Ist während der ganzen Planung auch einmal der Punkt der Verhältnismässigkeit geprüft worden?

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, hält fest, dass der Stadtrat der Meinung ist, dass die Überwachung mit Videokameras nur zurückhaltend angewendet werden sollte. Die Gründe für diese Methode waren die zunehmenden Reklamationen betreffend Automobilisten, welche sich nicht an die Verkehrssignalisierungen halten und die begrenzten personellen Ressourcen bei der Regionalpolizei. Es werden mit der Videokamera nur Fahrzeuge, keine Fahrradfahrer und Fussgänger, erfasst. Zudem muss der Standort der Videokamera immer wieder verlegt werden, und die Kamera darf nicht immer in Betrieb sein. Andere Massnahmen wurden geprüft,

jedoch muss die jederzeitige Zugänglichkeit zur Altstadt mit Fahrzeugen sichergestellt sein. Bauliche Massnahmen müssten aus diesem Grund mobil sein. Da die Altstadt von vielen Seiten zugänglich ist, müssten sehr viele solcher baulichen Massnahmen getroffen werden, was der Stadtrat als unverhältnismässig ansah. Die Überwachung mit Videokamera ist zeitlich nicht begrenzt. Wenn man sieht, dass sich die Situation in der Altstadt verbessert, kann man auf die Art der Überwachung wieder verzichten.

Fr. Jolanda Henzmann möchte wissen, wie weit die Planung betreffend Regionaler Skaterpark vorangeschritten ist. Wurde dieses Projekt in die Vorlage Trinermatten mit einbezogen?

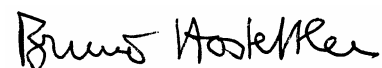
Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass sich der Skaterpark momentan in der Detailplanung befindet. Die obliegt primär dem Werkhof. Es werden auch Gespräche mit den benutzenden Vereinen geführt, welche die Anlage nach Möglichkeit auch mitfinanzieren sollten. Der Stadtrat hofft, dass dieser Skaterpark noch dieses Jahr realisiert werden kann. Das Projekt hat aber nichts mit der Sanierung und Erweiterung der Trinermatten zu tun. Dieser Skaterpark sollte auch regional benutzt werden können. Es wurden bereits alle Nachbargemeinden angeschrieben mit dem Resultat, dass ausser der Gemeinde Rothrist keine Gemeinde Interesse an einem Skaterpark hat.

Der Vorsitzende informiert, dass das Büro des Einwohnerrates im Mai ein Treffen mit einer Delegation eines Einwohnerrates einer anderen Stadt plant. Als Themen würden sich das Projekt Aareland und Verkehrsfragen eignen. Der genaue Termin und Ort sind noch nicht bestimmt, werden aber sobald als möglich bekannt gegeben. Die Teilnahme ist fakultativ.

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

Für getreues Protokoll:

DER RATSPRÄSIDENT



Bruno Hostettler

DER PROTOKOLLFÜHRER



Arthur Senn